

Ricardo Kaufer

Corona-Solidarität: Ideologien und Interessen

The COVID 19 pandemic and the subsequent programs of action of the European governments led to an intensive use of the concept of solidarity. Governments, political parties, trade unions and associations used the term solidarity to justify their preferences towards pandemic control and economic reconstruction programs. This discursive omnipresence of the concept of solidarity requires scientific investigation. For this purpose, I will evaluate the discourse contributions of parties, unions, churches and business associations between March and July 2020 on corona solidarity. The results show that those organizations emphasized three main lines of argument concerning the Corona solidarity in Germany. First, the importance of internal solidarity argued for by the Alternative for Germany (AfD), which advocated the protection of financially threatened German citizens and thus argued against a turn towards a culture of European burden sharing. The second line of argument focused on the establishment of European and global solidarity, which is an element of a European culture of burden sharing. The third line of argument focused on the remuneration of socially necessary work, which was done by different parts of the labouring population.

1. Einleitung

Zwischen März und Juli 2020 verging fast kein Tag in Deutschland an dem nicht mindestens ein Vertreter einer Partei, eines Verbandes, einer Gewerkschaft, einer Kirche, einer Nichtregierungsorganisation, der Regierung oder einer wissenschaftlichen Einrichtung die Bedeutung der Solidarität im Rahmen der Bewältigung der Corona-Pandemie anführte.¹ So veröffentlichte etwa der Deutsche Ethikrat die Empfehlung *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise*, in der Maßnahmen zur Pandemieeindämmung und Solidaritätskonflikte vorgestellt und diskutiert wurden (Deutscher Ethikrat 2020: 5). Die COVID-19-Pandemie, die potentielle Überforderung des öffentlichen Gesundheitssystems und die Anti-COVID-19-Maßnahmen bedurften der flächendeckenden Zustimmung der Bürger_innen. Als Folge der Eindämmungsmaßnahmen setzten zudem wirtschaftliche Verluste und

¹ Der EU-Ratspräsident Charles Michel benannte am 24.04.2020 die deutsche Übernahme der Behandlungskosten von europäischen COVID-19-Patienten_innen mit aktuellem Aufenthalt in Deutschland als ein "greifbares Zeichen der Solidarität" (Tagesschau 2020). Am 25.03.2020 mahnte die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Göring-Eckhardt internationale Solidarität an (Börsen-Zeitung 2020). Am 20.03.2020 bekundete Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier Italien in der COVID-19-Pandemie die deutsche Solidarität (Focus online 2020) und am 26.03.2020 formulierte der Bundespräsident: "Solidarität heißt jetzt: Abstand halten" (n-tv 2020). Am 16.03. rief der Münsteraner Bischof Felix Genn in einem Hirtenwort die Gläubigen zur Solidarität angesichts der COVID-19-Pandemie auf (Kirche und Leben 2020).

sozialpsychologische Vereinzelungs- und Bedrohungswahrnehmungen ein. Vor diesem Hintergrund kann die Verwendung des Solidaritätsbegriffes als ein sozialpsychologisch und ideologisch motiviertes Element der Pandemiestrategie interpretiert werden. Damit wird die Verwendung des Solidaritätsbegriffes zu einem Element einer gouvernementalen Sozialtechnik mit dem Ziel der Pandemiebekämpfung. Ausgehend von dieser Interpretation regt die Omnipräsenz des Solidaritätsbegriffes die wissenschaftlichen Beobachter_innen zur Untersuchung des Inhalts, der Motive und Wirkungen des Solidaritätsdiskurses sowie des Zusammenhangs von Corona-Krise, Solidarität und gesellschaftlicher Stabilität an. Die Allgegenwärtigkeit des Solidaritäts-Begriffes ist bemerkenswert, kritikabel und vor allem wissenschaftlich und gesellschaftspolitisch relevant (vgl. August 2020; Bonacker 2020). Mit dem vorliegenden Beitrag sollen deshalb folgende Fragen beantwortet werden:

- Welche Akteure_innen verwendeten in Deutschland in der Corona-Krise den Begriff der Solidarität und welche Ideologien und politischen Vorstellungen von der Bewältigung der Corona-Krise und ihrer sozioökonomischen Folgen liegen der Begriffsverwendung zu Grunde?
- Welche konkreten materiellen und programmatischen Interessen sollten mit der Verwendung des Solidaritätsbegriffes durchgesetzt werden?

Diese Fragen sollen für die deutsche Gesellschaft und das politische System Deutschlands beantwortet werden. Darüber hinaus ist der Blick der Analyse immer auch auf die europäische Dimension der Corona-Krise gerichtet und zieht deswegen auch selektiv trans- und internationale Diskursbeiträge und politische Initiativen heran, um zu beurteilen, welchen Einfluss der Solidaritätsdiskurs auf den Verlauf der Corona-Krise in Deutschland und Europa hatte. Gesellschaftlich und wissenschaftlich relevant ist die Beantwortung der Fragestellungen, da in den sozialwissenschaftlichen Debatten angesichts von politischen Polarisierungen und Konflikten rund um die Themen der Europäisierung politischer Herrschaft, der global-kapitalistischen Konkurrenz, des Klimawandels und der weltweiten Migrationsbewegungen die Realisierungschancen kollektiver Solidarität in ethnisch diversen und stark individualisierten Gesellschaften als besonders herausfordernd, zuweilen als

eher gering, eingeschätzt werden.² Angesichts dessen ist die weit verbreitete Verwendung des Solidaritätsbegriffes in der Corona-Krise ein sprach- wie gesellschaftswissenschaftlich relevantes Phänomen.

Mit der vorliegenden Untersuchung wird gezeigt, dass der Corona-Solidaritätsdiskurs drei zentrale Argumentationslinien beinhaltet. Erstens die Betonung von interner Solidarität durch die AfD, welche für einen Schutz der finanziell bedrohten deutschen Staatsbürger_innen eintrat und damit gegen eine Wende zu einer Kultur der europäischen Lastenteilung argumentierte. Der zweite Schwerpunkt des Corona-Solidaritätsdiskurses lag auf der europäischen und globalen Solidarität, welche als ein Element einer Kultur der Lastenteilung interpretiert werden kann. Die Gewerkschaften und die Parteien links der Mitte argumentierten für eine Wende zu postnationalen Risiko-Gemeinschaften, welche zur Bewältigung der Pandemie beitragen. Der dritte Schwerpunkt lag auf der Bewertung, Einordnung und Honorierung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Seinen Ausdruck fand dieser Schwerpunkt in der formulierten Solidarität mit "systemrelevanten" Berufen. Der Beitrag ist in vier Abschnitte gegliedert und enthält in Abschnitt 2 "Parteien, COVID-19 und die Solidarität: Theorie, Daten und Methodik" die zu Grunde liegenden theoretischen Konzepte und Annahmen, die methodische Vorgehensweise und die Datengrundlage. Anschließend folgt in Abschnitt 3 "Solidarität als Begleitideologem der Pandemiepolitik und ihr Beitrag zur Krisenbewältigung" die Darlegung der Auswertungsergebnisse und eine Beurteilung des Beitrages des Solidaritätsdiskurses zur Bewältigung der Corona-Krise. In Abschnitt 4 werden die untersuchungsleitenden Fragen beantwortet und es werden Schlussfolgerungen gezogen.

2. Parteien, COVID-19 und die Solidarität: Theorie, Daten und Methodik

Erste gesellschaftstheoretische Überlegungen und Spekulationen zur Corona-Krise und den Auswirkungen der Pandemiepolitiken wurden bereits veröffentlicht und behandeln die demokratiepolitischen und –theoretischen Folgen und Chancen der Krise (vgl. Delanty 2020; Žižek 2020). An diese Überlegungen soll durch eine Fokussierung auf die Rolle der Parteien, Gewerkschaften, Verbände und Kirchen als gesellschaftliche Ideengeber in Deutschland angeschlossen werden. Jene Organisationen können mit ihrer Kommunikation gesellschaftliche Deutungsmuster und

² Jacob T. Levy argumentiert in seinem Beitrag "Against Fraternity: Democracy without Solidarity" sogar, dass es unrealistisch sei, auf Solidarität in Massendemokratien zu hoffen (Levy 2017).

Elemente der Kultur beeinflussen. In diesem Kapitel werden der theoretische Rahmen (Abschnitt 2.1) und die Methodik der Datenerhebung und –auswertung (Abschnitt 2.2) vorgestellt.

2.1 Theoretischer Rahmen

Als zentrale Begriffe der vorliegenden Studie wurden Akteure, Ideologien, Interessen und Solidarität bestimmt. Akteure sind in der politischen Kommunikation von zentraler Bedeutung, da sie die Sprechakte durchführen und damit die Diskurse erst zum Leben erwecken. Zu unterscheiden ist zwischen kollektiven und individuellen Akteuren. Kollektive Akteure sind Organisationen des öffentlichen Lebens, welche im Interesse des Organisationsüberlebens und –wachstums sprachliche Beiträge absetzen, um ihre Attraktivität, Handlungsfähigkeit, Legitimität und Problemlösungskapazität zu signalisieren. Individuelle Akteure sind Einzelpersonen, welche als politische Unternehmer_innen, an den öffentlichen Diskursen teilnehmen und die politische Agenda beeinflussen können. Für die vorliegende Studie wurden als relevante gesellschaftspolitische Akteure identifiziert: die Parteien des Deutschen Bundestages, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), Interessensverbände, z.B. des Umwelt- und Naturschutzes und der Wirtschaft, sowie die deutschen Kirchen. Diese kollektiven Akteure sind die Organisationen, deren Beiträge den Diskurs zur Corona-Solidarität konstituieren.

Ideologien werden hier definiert als Verbindungen von Ideen und Präferenzen (Noel 2014: 14) respektive als Ideensysteme, welche durch die kollektiven und individuellen Akteure formuliert, weiterentwickelt und kommuniziert werden, um das gesellschaftliche Leben zu beeinflussen, Wähler_innen zu mobilisieren und ihre Interessen zu verallgemeinern (Freeden 2006: 15).³ Für die deutschen Parteien sind die Christdemokratie, die Sozialdemokratie, der Liberalismus, die Grüne Ideologie, der staatszentrierte Sozialismus der Linkspartei sowie der offene Nationalismus der AfD die zentralen Ideologien (Langenbacher / Conradt 2017), die jedoch in pragmatischer Art und Weise mit den Präferenzen der Wähler_innen verbunden werden. Die Parteien kombinieren das Ideologem der Solidarität dementsprechend situati-

³ Vgl. hinsichtlich des politikwissenschaftlich konstatierten Bedeutungsverlusts von Ideologien für den Parteienwettbewerb Alemann/Erbenraut/Walther (2018: 155–156)

onsabhängig mit ihrer Kernideologie, z.B. favorisiert die AfD eine interne wohlfahrtsstaatliche Solidarität, welche auf Deutsche begrenzt ist, womit ihre neo-nationalistische Ideologie ausgedrückt wird.

Interessen sind handlungsbezogene Orientierungen mit dem Bezug zum Nutzen eines Gegenstandes (vgl. Krott 2005: 7-8). Rheinberg und Engeser formulieren, aus der Motivationspsychologie kommend, dass das Interesse eine "besondere Motivationsform ist, die durch die Ausrichtung auf einen bestimmten Gegenstand charakterisiert ist" (Rheinberg / Engeser 2018: 426). Zu differenzieren ist außerdem zwischen materiellen und ideellen Interessen, die Individuen, Parteien und andere Organisationen verfolgen können. Für die folgende Auswertung des Corona-Solidaritätsdiskurses sind einerseits die Interessen der Parteien an Zustimmung zu den Corona-Strategien relevant und andererseits die materiellen Interessen, die Gewerkschaften und Verbände mit bestimmten Corona-Praktiken verbinden.

Solidarität wird definiert als Weltsicht und Einstellung der reziproken Akzeptanz, Verbundenheit, Kooperation und Unterstützung zwischen Akteuren in Krisenzeiten (vgl. Aschauer / Donat / Hofmann 2016; Banting / Kymlicka 2015: 2; 2017: 1; Greiner 2017: 840; Hofmann et al. 2019: 652; Kiess/Trenz 2019: 461) einerseits und basiert andererseits auf der Vorstellung, dass der Wohlfahrtsstaat die zentrale Form von Solidarität in Gegenwartsgesellschaften darstellt (Hofmann et al. 2019: 650). Der Wohlfahrtsstaat ist damit eine institutionalisierte Form sozialer Solidarität, deren konkreter Inhalt jedoch politisch umkämpft ist.

2.2 Methodik: Datenerhebung und Auswertung

Die Auswertung von Programmen und Strategiepapieren von Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden ist eine akzeptierte Methodik der Datenerhebung in den Sozialwissenschaften, insbesondere in der Politikwissenschaft. Diese Dokumente dienen als Informationsquellen für die wissenschaftliche Klassifikation und Auswertung von Ideologien. Da die katastrophenhaften Wirkungen der COVID-19-Pandemie in den öffentlichen Gesundheitssystemen erst seit dem Frühjahr 2020 voll wirksam und erkennbar wurden, ist die Aufnahme und Bearbeitung des Themas in Grundsatz- oder Wahlprogramme sowie in Strategiepapiere bisher weitgehend unterblieben. Somit kann die Forschung bis dato nicht in relevanter Form auf Aussagen von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden in Programmen und Strategiepapieren zurückgreifen, um zu verstehen und zu erklären, ob, warum und wie

jene Organisationen diskursiv, und in einzelnen Fällen praktisch, auf die COVID-19-Pandemie reagieren wollen. Für die Auswertung der erst zu entwickelnden Positionen von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden und Kirchen bleiben damit nur die ad hoc formulierten Pressemitteilungen und die Sprachbotschaften, welche per Twitter oder Facebook sowie andere soziale Netzwerke oder Plattformen verbreitet werden. Für die Auswertung des parteipolitischen Corona-Solidaritätsdiskurses wurden ausschließlich die Parteien ausgewählt, die derzeit im Deutschen Bundestag vertreten sind (vgl. für Österreich Hofmann et al. 2019: 654): Alternative für Deutschland (AfD), Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE), Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU), Die Linke (DIE LINKE), Freie Demokratische Partei (FDP) und Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD). Die Beschränkung auf die Parteien des Bundestages ist plausibel, da diesen Parteien eine größere massenmediale Aufmerksamkeit als den nicht im Bundestag vertretenen Parteien zukommt und sie zudem auf Grund ihrer Gesetzgebungskompetenzen im Themenfeld Infektionsschutz für die Bewältigung der Corona-Pandemie eine erhebliche Relevanz haben. Folglich wurden als Diskursbeiträge die Pressemitteilungen, Reden, Policy Paper und Interviews der Parteien zum Zusammenhang von Coronavirus-Krise und Solidarität ausgewertet. Neben den Positionen zur Corona-Solidarität der Parteien wurde auch die Kommunikation der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) sowie von Greenpeace ausgewertet. Mit dieser Auswahl an Organisationen und ihrer Diskursbeiträge wurde eine relevante Grundlage für die Auswertung des Solidaritätsdiskurses in der COVID-19-Pandemie gelegt. Die Dokumente wurden per Hand codiert, d.h. sie wurden satz- und absatzweise nach Aussagen zur Solidarität in der COVID-19-Pandemie durchsucht. Dabei wurden die Texte insbesondere auf die folgenden sechs Aspekte hin ausgewertet:

- Politikfeld (z.B. Sozialpolitik, Gesundheitspolitik)
- Politikebene (national, europäisch, global)
- Europäisierungsgrad (keine Aussagen; mehr Kompetenzen für die Europäische Union; Status Quo; Kritik an der Europäischen Integration und weniger Kompetenzen für die Europäische Union)

- Adressaten (Europäische Union; Gesellschaft; Bundesregierung; Individuen)
- Inhalte (Risiko- und Lastenteilung durch Politikinstrumente)
- Grenzen (z.B. illegitime Europäisierung finanzieller Risiken durch Corona-Bonds)

Die Dokumente wurden ausgewertet, um herauszufinden, ob die jeweilige Organisation nationale oder europäische Lösungen der COVID-19-Pandemie bevorzugt und welche kollektiven und individuellen Akteure von den Wiederaufbauprogrammen profitieren bzw. von den intendierten Wirkungen ausgeschlossen werden sollen.

3. Solidarität als Begleitideologem der Pandemiepolitik und ihr Beitrag zur Krisenbewältigung

Solidarität, kollektiver Zusammenhalt und eine Kultur der europäischen Lastenteilung könnten einen Beitrag zur Eindämmung und Bewältigung der COVID-19-Pandemie leisten, wenn die kommunizierenden Organisationen, z.B. Parteien, Gewerkschaften und Verbände, gegenüber der nationalen Öffentlichkeit glaubhaft machen können, dass die europäische Kooperation die zentrale Voraussetzung für eine sowohl ökonomisch als auch gesundheitspolitisch wünschenswerte Bewältigung der Krise ist. Ob und inwiefern die europäische Dimension der Corona-Solidarität in Deutschland eine Rolle gespielt hat, wird nachfolgend dargestellt.

Für die AfD wurde herausgearbeitet, dass die Corona-Krise nicht nur aus gesundheits- sondern auch aus europa- und fiskalpolitischer Perspektive eine Bedrohung des ohnehin kritischen Zustands Deutschlands in Europa darstellte. Der diesbezüglich am häufigsten verwendete Solidaritätsslogan lautete: "Europäische Solidarität darf nicht länger eine Einbahnstraße sein" (AfD 29.05.2020). Mit dieser Aussage wird auf die problematische Nehmermentalität des EU-Staatenbündnisses verwiesen, welche in der Corona-Krise nicht weiter unterstützt werden dürfe. Die EU nehme den deutschen Bürger_innen zu Gunsten der schlecht wirtschaftenden Nationalstaaten, z.B. in Südeuropa, das Geld ab. Tino Chrupalla formulierte explizit, dass die "Selbstbedienung der Eurokraten an deutschen Steuergeldern" (AfD 29.05.2020) beendet werden müsse. Damit wird die Corona-Krise aus der Perspektive der AfD zu einer mindestens dreidimensional bedrohlichen Krise: gesundheits-

,⁴ fiskal- und auch demokratiepolitisch. Letztere Krisendimension wird besonders deutlich, wenn Alice Weidel, Tino Chrupalla, Jörg Meuthen oder Alexander Gauland auf den camouflierten Souveränitätsverlust im Zuge des Corona-Notstandes verweisen. So benannte Jörg Meuthen den Kompetenztransfer an die EU im Zuge des Integrationsprozesses und im Zuge der Etablierung des Recovery-Funds als "Entmachtung einst souveräner Nationalstaaten" (AfD 01.07.2020). Die Corona-Krise in Verbindung mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sind Elemente eines Bedrohungsszenarios, welches von führenden Politiker_innen der AfD skizziert wird. Zugleich wird deutlich, dass die AfD eine interne Solidaritätsstrategie verfolgt, die keine supranationale Lastenteilung favorisiert.

Bündnis 90/Die Grünen wählten einen diametral der AfD gegenüberstehenden Duktus hinsichtlich der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen. Für Bündnis 90/Die Grünen stellte die Krise die Möglichkeit und Herausforderung einer europäischen sowie globalen Solidarität dar. In drei Policy Papers skizzierten die Grünen konkrete Maßnahmen auf allen Politikebenen (national, europäisch, global), um auf die Krise zu reagieren. Bündnis 90/Die Grünen plädierten für den Ausbau und die Stärkung transnationaler und internationaler Organisationen (Bündnis 90/Die Grünen 07.04.2020: 2-3). Für eine Europäische Solidarität als Element einer Kultur der Lastenteilung und damit als ein Element der nachholenden Stabilisierung argumentierten zudem die Partei Die Linke und die SPD. Die Linke argumentierte, dass die Bundesregierung mehr finanzielle Transfers und eine gemeinsame Haftung (= Corona-Bonds) ermöglichen sollte (Die Linke 07.04.2020; 23.04.2020). Für die SPD waren sowohl der Sozialstaat, als Garant der innerstaatlichen Solidarität, als auch eine Europäische Solidarität, in der Form von Eurobonds und bedingungslosen Krediten an die EU-Mitgliedsstaaten,⁵ zentrale Elemente einer funktionierenden Anti-Corona-Strategie, welche zur Stabilität der Verhältnisse beitragen sollte (SPD 06.04.2020; 24.04.2020). Zudem waren für die SPD eine Europäische Regierung und eine korrespondierende EU-Finanzverfassung für gleichwertige Lebensverhältnisse folgerichtige Antworten auf die Corona-Krise (SPD 06.04.2020). Die instrumentelle Vorstellung der SPD von Europäischer Solidarität wird deutlich, da

⁴ Dies jedoch nur, wenn innerhalb der AfD anerkannt wird, dass die COVID-19-Pandemie eine Bedrohung für die Gesundheit darstellt.

⁵ Die Forderung nach Corona- oder Eurobonds sowie nach bedingungslosen Krediten war in der SPD jedoch umstritten. Nichtsdestotrotz signalisierte die Tatsache, dass der Parteivorsitzende Walter-Borjans die Forderung äußerte, dass ein erheblicher Rückhalt für diese Position gegeben war.

die SPD Europäische Solidarität als ein notwendiges Instrument in der globalen Konkurrenz mit China begriff (SPD 06.04.2020). Insofern kann die Corona-Krise, vom Standpunkt der Sozialdemokratie betrachtet, auch als Chance für eine Stärkung der EU in der Konkurrenz mit China verstanden werden.

Die Parteien CDU und FDP argumentierten in ihren Pressemitteilungen, welche die Corona-Solidarität zum Gegenstand hatten, dass es zwar Corona-Nothilfen geben müsse, diese aber kein dauerhaftes System der gesamtschuldnerischen Haftung für Staatsschulden vorbereiten dürften (CDU 23.04.2020; FDP 06.04.2020; 08.04.2020). Die FDP argumentierte folgerichtig, dass Nothilfe geboten sei, es aber keine "Bonds-Pflicht" gebe (FDP 08.04.2020). Die Argumentationen der CDU und der FDP sind als stabilitätsorientierte Beiträge zu interpretieren, welche gemeinsame Anti-Corona-Programme begrüßen, aber die Corona-Krise nicht als Mittel oder Wende zur weiteren Europäisierung der Fiskalpolitik missbraucht sehen wollen. Hier ist die Orientierung am europapolitischen Status Quo dominant, wohl auch wegen der Bedrohung durch die AfD und ihre Anti-Europäisierungsrhetorik. Die Auswertung der Parteipositionen zur Corona-Solidarität ergibt somit, dass die bereits vor der Krise vorhandenen Positionen, etwa hinsichtlich einer europäischen Lasten- und Risikoteilung, weitestgehend beibehalten wurden. Allerdings wird an den Argumentationslinien der SPD, von Die Linke und von Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass diese bereit sind, politische Gelegenheitsfenster zu nutzen, um die Europäisierung in diversen Politikfeldern deutlich voranzutreiben. Für die Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stellt die Corona-Krise eine Chance für eine Wende zu mehr Europa dar, während es für die AfD in der Krise um eine Wende zu weniger Europa geht. CDU und FDP plädieren für einen Krisenbewältigungs- und Solidaritätsmodus der weder Wende noch substantielle Krise des bisherigen Politikpfades darstellt. Vielmehr sollen die vorgeschlagenen Maßnahmen in dieser Perspektive die etablierten Abstimmungs- und Entscheidungsfindungsmuster stabilisieren.

Die Position der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) schloss an die Argumentationslinie von CDU und FDP an. Die BDA forderte die Verwendung bestehender Solidaritätsinstrumente der EU, z. B. den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), welcher im Zuge der Banken-, Fiskal- und Wirtschaftskrise seit 2007 eingeführt worden war, oder die Kreditvergabe durch die Eu-

ropäische Investitionsbank (EIB), um die Kosten des Corona-Wiederaufbaus zu finanzieren (BDA 02.04.2020). Eine Ausweitung des Regimes europäischer Lastenteilung wurde abgelehnt. So wendete sich die BDA zudem gegen eine Vertiefung der europäischen Sozial- oder Umweltpolitik. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) adressierte die Städte und die Gesellschaft als Akteure zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie. Inhaltlich fasste der BUND unter Solidarität in der Krise die wechselseitige Rücksichtnahme im Verkehr und die Unterstützung der Schwächsten (BUND 19.03.2020). Zudem argumentierte der BUND für die Ausweitung des Radverkehrs als Maßnahme des Social Distancing und des Umweltschutzes (ebd.). Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) formulierte und kommunizierte diverse Aspekte der Corona-Solidarität. So adressierte die DBK die Gesellschaft und das medizinische Personal und forderte seelsorgerische Unterstützung des medizinischen Personals als Solidaritätspraxis angesichts medizinethischer Extrementscheidungen ("Triage") (DBK 08.04.2020). Daneben diskutierte die DBK unter dem Stichwort der Solidarität in der COVID-19-Pandemie die Frage, ob das Konsumverhalten in Deutschland zur Solidarität und Menschenwürde beitrage (DBK 20.06.2020). Einen besonderen Hinweis auf die Corona-Solidarität der chinesischen Katholiken, welche in der Corona-Krise durch ihre Spenden nicht nur ihren Landsleuten, sondern weltweit Menschen in Not geholfen hätten, veröffentlichte die DBK im Mai (DBK 18.05.2020). Hierin zeigt sich, dass die Krise vom Standpunkt der DBK als Chance für eine Wende zur Mitmenschlichkeit gesehen werden kann. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) adressierte mit seinen Corona-Solidaritätsbotschaften die Beschäftigten und die von der Corona-Krise betroffenen Menschen (DGB 20.03.2020). Als Inhalte der Corona-Solidarität formulierte der DGB die finanzielle Solidarität in der EU durch Corona-Anleihen respektive Corona-Bonds. Hierfür müsse die Bundesregierung ihre Vorbehalte aufgeben (DGB 03.04.2020; 30.04.2020). Mit dieser Argumentation stimmte etwa der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) überein, welcher ebenfalls für Corona-Bonds plädierte und auf die Zustimmung zu dieser Forderung im DGB, des französischen Binnenmarktkommissars Thierry Breton und des italienischen Wirtschaftskommissars Paolo Gentiloni verwies (ÖGB 06.04.2020). Daneben seien auch die nationale Tarifpolitik und Lohnerhöhungen als eine Form von Solidarität zu begreifen, da sich die Bedeutung der "Beschäftigten in systemrelevanten Berufen", z.B. "Krankenschwestern, Verkäuferinnen, Pflegepersonal und ArbeitnehmerInnen der

Logistik-Branche" zeige (DGB 01.05.2020). Greenpeace argumentierte für die Einhaltung von Hygienemaßnahmen als praktizierte Solidarität und forderte internationale Solidarität ein (Greenpeace 05.04.2020). Die Adressaten, Inhalte und Grenzen sowie die Europäisierungsgrade des Corona-Solidaritätsdiskurses sind in Tabelle 1 und 2 zusammengefasst.

| Partei | Europäisierung | Adressaten | Inhalt | Grenzen |
|-----------------------|----------------|--|--|---|
| AfD | -1 | R; EU; "europäische Partner" | Medizinische und logistische Ressourcen; Fiskalpolitik; Steuerentlastungen; Kritik an Einzahlungen in EU-Haushalt | Keine Vergemeinschaftung von Schulden in der EU; Zwischenstaatliche Kooperation besser ohne EU; kein Kompetenz-transfer; "Entmachtung einst souveräner Nationalstaaten" |
| BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN | 1 + 2 | R; G; EU; OECD; Vereinte Nationen; G20; WHO; IWF | Europäische Solidarität; Corona-Hilfsmaßnahmen; Ausweitung der Soforthilfen auf besonders vulnerable Gruppen; Finanzielle Förderung der WHO durch BRD | - |
| CDU | 0 | R; G; I; EU | Medizinische und logistische Unterstützung anderer EU-Mitgliedstaaten; Bonuszahlungen für Pflegekräfte; Finanzielle Unterstützung für Studierende und Doktoranden; Finanzielle Unterstützung für Lohnausfälle; Kurzarbeitergeld; Wirtschaftliches Wiederaufbau-instrument in der EU | Corona-Wiederaufbau-Finanzierung mit Ausnahmecharakter; keine Eurobonds |
| DIE LINKE | 1 | R; G; EU | Unterstützung für von Corona betroffene Studierende; Bundesregierung soll mehr finanzielle Transfers und gemeinsame Haftung ermöglichen; EU-Krisenpolitik und Corona-Bonds; Flüchtlingspolitik | - |
| FDP | 0 | R; G; EU; Unternehmen | Finanzhilfen sollten auch für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten gelten; Kritik an SPD-Idee der Vermögensabgabe; Solidarfonds für medizinische Nothilfe durch Sonderbeiträge der Mitgliedsstaaten der EU; Medizinische Nothilfe und Finanzierung über ESM; Abschaffung Soli | Keine Vergemeinschaftung der Schulden durch Corona-Bonds |
| SPD | 1 | R; G; EU; Vereinte Nationen; G20 | Europäische Solidarität; Erweiterung des EU-Sozialraumes; EU-Mindestlohn; Arbeitslosenrückversicherung; Solidarität als Selbstdisziplinierung; Internationale Kooperation bei Rückholungen; Corona-Maßnahmen für Beschäftigte; Europäische Regierung und Finanzverfassung für gleichwertige Lebensverhältnisse; Eurobonds und bedingungslose Kredite | Keine unsolide Haushaltspolitik |

Europäisierung: - = keine Aussagen; 2 = mehr globale Kooperation; 1 = mehr Kompetenzen für die Europäische Union; 0 = Status Quo; -1 = Kritik an der Europäischen Integration und weniger Kompetenzen für die Europäische Union

Adressaten: EU = Europäische Union; G = Gesellschaft; R = Bundesregierung; I = Individuen; Sondernennungen: "europäische Partner"; G20; IWF; OECD; Vereinte Nationen; WHO

Tabelle 1: Solidaritätskommunikation der Parteien des Deutschen Bundestages

| Organisation | Europäisierung | Adressaten | Inhalt | Grenzen |
|--------------|----------------|------------|--------|---------|
|--------------|----------------|------------|--------|---------|

| | | | | |
|---|---|---|---|--|
| Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) | 0 | EU | Solidaritätsinstrumente der EU: ESM, EIB oder Solidaritätsfonds; Solidaritätsinstrument "SURE" (Teil des EU-Wiederaufbau-programmes) | Keine Ausweitung der Sozial- oder Umweltpolitik; |
| Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) | - | G; Städte | Corona-Krise; Umwelt- und Naturschutz nach der Krise; Verkehrswende; Rücksichtnahme im Verkehr; Radverkehr als Maßnahme des Social Distancing und des Umweltschutzes; Solidarität mit den Schwächsten | - |
| Deutsche Bischofskonferenz (DBK) | - | G; Medizinisches Personal; Arbeiter*innen | Medizinische Allokationsprobleme in der COVID-19-Pandemie; Hospiz- und Palliativ-versorgung; Solidarität chinesischer Christen; Ausbeutung in der Fleischindustrie; Lebensbedingungen | - |
| Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) | 1 | EU; R; G; Lohnabhängige | 1. Mai; Corona-Krise; Finanzielle Solidarität in d. EU durch Corona-Anleihen; Arbeitsbedingungen; Löhne; Gesundheitssystem | - |
| Greenpeace | - | G; I | Selbstdisziplinierung und Hygienemaßnahmen; internationale Solidarität | - |

Europäisierung: - = keine Aussagen; 1 = mehr Kompetenzen für die Europäische Union; 0 = Status Quo; -1 = Kritik an der Europäischen Integration und weniger Kompetenzen für die Europäische Union;

Adressaten: EU = Europäische Union; G = Gesellschaft; R = Bundesregierung; I = Individuen; Sondernennungen: Arbeiter*innen; Medizinisches Personal; Städte

Tabelle 2: Solidaritätskommunikation von Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Vereinen

4. Schlussfolgerungen

Solidarität war in den Anfangsmonaten der COVID-19-Pandemie eines der wohl am häufigsten gebrauchten Schlagwörter. Regierungen verwendeten den Solidaritätsbegriff, um die Akzeptanz der Corona-Maßnahmen rhetorisch herzustellen und damit die Einhaltung jener zu ermöglichen. Regierungen und Gewerkschaften forderten Solidarität mit den Beschäftigten in "systemrelevanten Berufen" ein. Beratungsgremien appellierten an die Solidarität der Bevölkerung, um die Abstandsregelungen einzuhalten. Daran wird ersichtlich, dass Solidarität eine Leer- und Beschwörungsformel ist, die zur Realisierung diverser politischer Präferenzen, Interessen und Ideologien beitragen kann, weshalb die sprach- und sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Begriff der Solidarität von großer Bedeutung ist. Deshalb wurde mit der vorliegenden Untersuchung herausgearbeitet, welche Akteure_innen den Begriff der Solidarität verwendeten, wer die Adressaten_innen der Solidaritätskommunikation waren und schließlich welche Inhalte und Grenzen die Solidarität in den Beiträgen hatte. Zudem wurde herausgearbeitet, ob und inwiefern die finanziellen Lasten der Bewältigung der Corona-Krise auf europäischer Ebene geteilt werden sollten. Hierzu wurden die Positionen der im deutschen Bundestag vertretenen Parteien, der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände

(BDA), des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und von Greenpeace hinsichtlich der Verwendung des Begriffes der Corona-Solidarität ausgewertet. Zudem wurden die Parlamentsdebatten des Deutschen Bundestages zu den staatlichen Anti-Corona-Maßnahmen hinsichtlich des Auftauchens des Begriffes der Solidarität untersucht, aber es konnten darin keine relevanten Aspekte aufgedeckt werden. Der Zeitraum der Dokumenten- und Inhaltsanalyse erstreckte sich von März bis August 2020. Auf dieser Basis sollten die ersten Anhaltspunkte für eine Einschätzung der Relevanz des Konzeptes der Solidarität in der wohl größten globalen Gesundheitskrise seit Jahrzehnten gewonnen werden. Für Deutschland zeigte sich, dass die Alternative für Deutschland (AfD) die Corona-Krise als Bedrohung des vermeintlich kritischen Zustands Deutschlands in Europa betrachtete. Die Corona-Krise wurde aus der Perspektive der AfD auf Grund der Regierungsmaßnahmen als eine mehrfach bedrohliche Entwicklung beschrieben: fiskalpolitisch auf Grund des Finanztransfers der "EU-Nordstaaten" an die südeuropäischen Staaten und auch demokratiepolitisch auf Grund des Kompetenztransfers an die Europäische Union (EU) im Zuge des Wiederaufbauprogramms. Die Corona-Krise ist damit in Verbindung mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Element eines Bedrohungsszenarios. Diesem wollte die AfD mit einer vorwiegend nationalen Solidarität begegnen.

Im Gegensatz dazu wählten Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die SPD Diskursstrategien, welche auf eine Europäische Solidarität abzielten und damit die Wende zu einer transnationalen Kultur der Lastenteilung unterstützen sollten. Für die SPD waren sowohl der Sozialstaat, als Garant der innerstaatlichen Solidarität, als auch eine Europäische Solidarität, in der Form von Eurobonds und bedingungslosen Krediten an die EU-Mitgliedsstaaten, zentrale Elemente einer funktionierenden Anti-Corona-Strategie, welche zur Stabilität der Verhältnisse beitragen sollten. Die Parteien CDU und FDP argumentierten in ihren Pressemitteilungen für eine Beibehaltung des fiskalpolitischen Status Quo. Die Argumentationen der CDU und der FDP sind als stabilitätsorientierte Beiträge zu interpretieren, welche gemeinsame Anti-Corona-Programme begrüßen, aber die Corona-Krise nicht als Mittel oder Wende zur weiteren Europäisierung der Fiskalpolitik missbraucht sehen wollten. Eine weitere Institutionalisierung einer Kultur der Lastenteilung jenseits des Nationalstaates wird damit nicht befürwortet.

Die Parteipositionen der AfD, CDU und FDP zur Corona-Solidarität stimmten damit mit den vor der Krise vorhandenen Positionen hinsichtlich einer europäischen Lasten- und Risikoteilung überein. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen argumentierten stark für eine Wende zu einer europäischen Kultur der Lasten- und Risikoteilung, wobei insbesondere die Partei Die Linke von bisherigen EU-kritischen Positionen abwich und für mehr Europäisierung argumentierte.

Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) formulierte eine Position, welche an die Argumentationslinie von CDU und FDP anschließt und zielt damit auf eine Beibehaltung des Status Quo der Lastenteilung, welcher vorwiegend auf die Eigenverantwortung der Nationalstaaten und der nationalen Gesellschaften ausgerichtet ist. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) adressierte die Städte und die Gesellschaft als Akteure zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie und sah in der Corona-Krise auch eine Gelegenheit für eine solidarische Verkehrswende. Die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) formulierte diverse Aspekte der Corona-Solidarität, z.B. die innerkirchliche Solidarität der Katholiken und die herzustellende Solidarität der Gesellschaft mit dem medizinischen Personal, welches schwerwiegende medizinethische Entscheidungen treffen müsse. Zudem setzte die DBK die gesellschaftlichen Konsum- und Produktionsmuster auf die politische Agenda durch die Frage, ob das Konsumverhalten der Menschen zur Solidarität mit den Beschäftigten in der Fleischindustrie und zum Erhalt deren Menschenwürde beitrage. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) adressierte mit seinen Corona-Solidaritätsbotschaften die Beschäftigten und die von der Corona-Krise betroffenen Menschen und forderte die Ausweitung einer europäischen Kultur der Lastenteilung in der Form der Corona-Anleihen. Weiterhin müsse die diskursive Solidarität mit den Beschäftigten in Lohnerhöhungen umgewandelt werden.

Dies Positionen zusammenfassend können drei Schwerpunkte der Sprache zur Corona-Solidarität in Deutschland betont werden. Der erste Argumentationsschwerpunkt ist die Betonung von interner Solidarität durch die AfD, welche für einen Schutz der finanziell bedrohten deutschen Staatsbürger_innen eintrat und damit gegen eine Wende zu größeren Gemeinschaften argumentierte. Der zweite Schwerpunkt der Corona-Sprache lag auf der europäischen und globalen Solidarität, welche als ein Element einer Kultur der Lastenteilung interpretiert werden kann. Diesbezüglich haben die europäischen Gesellschaften seit der Immigration seit 2015 eine verschärfte Politisierung und Polarisierung erlebt und die Corona-Krise

ist ein weiteres Beispiel für die sprachpolitischen Auseinandersetzungen über die Frage der Lasten- und Risikoteilung. Die Gewerkschaften und die Parteien Links der Mitte argumentierten für eine Wende zu postnationalen Risiko-Gemeinschaften. Der dritte Schwerpunkt lag auf der Bewertung, Einordnung und Honorierung von gesellschaftlich notwendiger Arbeit. Dieser Aspekt der Honorierung gesellschaftlich notwendiger Arbeit wurde häufig betont. Trotz der Zuwendung zur "Systemrelevanz" gesellschaftlich notwendiger Arbeit zeigt sich bereits in den nun stattfindenden Auseinandersetzungen, dass die finanzielle Aufwertung gesellschaftlich notwendiger Arbeit in den Kämpfen um die Aufteilung der Kosten der COVID-19-Pandemie weitgehend vernachlässigt werden wird, da die ökonomischen Zwänge zur Kostenwettbewerbsfähigkeit und zur Sparsamkeit nicht verschwinden werden.

Literaturverzeichnis

Alemann, Ulrich von; Erbrant, Philipp / Walther, Jens (2018): *Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden: Springer VS.

Aschauer, Wolfgang / Donat, Elisabeth; Hofmann, Julia (Hg.) (2016): *Solidaritätsbrüche in Europa – Konzeptuelle Überlegungen und empirische Befunde*. Wiesbaden: Springer VS.

August, Vincent (2020): "Gegen Solidarität! Zwei Modelle sozialen Zusammenhalts und die Corona-Krise", n: *Theorieblog.de*. 23.04.2020. [<https://www.theorieblog.de/index.php/2020/04/gegen-solidaritaet-zwei-modelle-sozialen-zusammenhalts-und-die-corona-krise/>, 03.09.2020]

Banting, Keith / Kymlicka, Will (2015): "The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies", in: *Robert Schuman Centre for Advanced Studies*. Research Paper No. RSCAS 2015/73 EUI. [https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2670696, 08.09.2020]

Banting, Keith / Kymlicka, Will (Hgg.) (2017): *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*. Oxford: Oxford University Press.

Börsen-Zeitung (2020): *VIRUS: Göring-Eckardt mahnt internationale Solidarität in Corona-Krise an*. [<https://m.boersen-zeitung.de/dpa-meldung/2020-03-25/1265588/virus-goering-eckardt-mahnt-internationale-solidaritaet-in-corona-krise-an>, 08.09.2020]

- Bonacker, Thorsten (2020): "Solidarität als Sicherheitsformel", in: *Soziopolis*. [https://soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/solidaritaet-als-sicherheitsformel/, 03.09.2020]
- Delanty, Gerard (2020): "Six political philosophies in search of a virus: Critical perspectives on the coronavirus pandemic", in: *LSE 'Europe in Question' Discussion Paper Series*. LEQS Paper No. 156/2020. [http://www.lse.ac.uk/european-institute/Assets/Documents/LEQS-Discussion-Papers/LEQSPaper156.pdf, 03.09.2020]
- Deutscher Ethikrat (2020): *Solidarität und Verantwortung in der Corona-Krise. Ad-hoc-Empfehlung*. [https://www.ethikrat.org/fileadmin/Publikationen/Ad-hoc-Empfehlungen/deutsch/ad-hoc-empfehlung-corona-krise.pdf, 03.09.2020]
- Focus online (2020): "Virus. Steinmeier bekundet Italien deutsche Solidarität in Corona-Krise", in: *Focus online*. 20.03.2020. [https://www.focus.de/finanzen/boerse/wirtschaftsticker/virus-steinmeier-bekundet-italien-deutsche-solidaritaet-in-corona-krise_id_11795887.html, 02.09.2020]
- Freden, Michael (2006): "Ideology and political theory", in: *Journal of Political Ideologies* 11.1, 3–22.
- Greiner, Florian (2017): "Introduction: writing the contemporary history of European solidarity", in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 24.6, 837–853.
- Hofmann, Julia / Altreiter, Carina / Flecker, Jörg / Schindler, Saskja / Simsa, Ruth (2019): "Symbolic struggles over solidarity in times of crisis: trade unions, civil society actors and the political far right in Austria", in: *European Societies* 21.5, 649–671.
- Kiess, Johannes M. / Trenz, Hans-Jörg (2019): "Ties of Solidarity and the Political Spectrum: Partisan Cleavages in Reported Solidarity Activity Across Europe", in: *American Behavioral Scientist* 63.4, 459–474.
- Kirche und Leben (2020): "Felix Genn ruft zu Solidarität und Gebet wegen Corona auf", in: *Kirche und Leben*. 16.03.2020. [https://www.kirche-und-leben.de/artikel/felix-genn-ruft-zu-solidaritaet-und-gebet-wegen-corona-auf, 02.09.2020]
- Krott, Max (2005): *Forest Policy Analysis*. Wiesbaden: Springer.
- Langenbacher, Eric / Conradt, David P. (2017): *The German Polity*. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Levy, Jacob T. (2017): "Against Fraternity: Democracy without Solidarity", in: Banting, Keith / Kymlicka, Will (Hgg.): *The Strains of Commitment. The Political Sources of Solidarity in Diverse Societies*. Oxford: Oxford University Press, 107–124.

Noel, Hans (2014): *Political Ideologies and Political Parties in America*. Cambridge: Cambridge University Press.

N-TV (2020): "Steinmeier fordert Solidarität 'Das Virus macht vor keinen Grenzen halt'", in: *N-TV*. [<https://www.n-tv.de/politik/Das-Virus-macht-vor-keinen-Grenzen-halt-article21670277.html>, 02.09.2020]

Rheinberg, Falko / Engerer, Stefan (2018): "Intrinsische Motivation und Flow-Erleben", in: Heckhausen, Jutta / Heckhausen, Heinz (Hgg.) (2018): *Motivation und Handeln*. 5. Ausgabe. Berlin: Springer, 423–450.

Tagesschau (2020): "Ratspräsident zur Corona-Krise 'Auch Chancen für Reformen'", in: *tagesschau.de*. 24.04.2020 [<https://www.tagesschau.de/ausland/eu-michel-coronavirus-101.html>, 02.09.2020]

Žižek, Slavoj (2020): *Pandemic! Covid-10 Shakes the World*. New York: Or Books.

Anhang 1: Pressemitteilungen der im Bundestag vertretenen Parteien zur Corona-Solidarität

AfD (21.03.2020): "Menschen mit Down-Syndrom auch in Corona-Zeiten nicht vergessen". [<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-menschen-mit-down-syndrom-auch-in-corona-zeiten-nicht-vergessen/>, 03.09.2020]

AfD (07.04.2020): "Für seine Schulden ist jeder Staat selbst verantwortlich", in: *Junge Freiheit*. [<https://jungefreiheit.de/debatte/interview/2020/fuer-seine-schulden-ist-jeder-staat-selbst-verantwortlich/>, 03.09.2020]

AfD (29.05.2020): "Deutschland wieder stark machen!" [<https://www.afd.de/tino-chrupalla-deutschland-wieder-stark-machen/>, 03.09.2020]

AfD (04.06. 2020): "Ideologische Großprojekte stoppen und Bürger dauerhaft entlasten". [<https://www.afd.de/beatrix-von-storch-ideologische-grossprojekte-stoppen-und-buerger-dauerhaft-entlasten/>, 03.09.2020]

AfD (09.06.2020): "EU-Solidaritätsfonds – Almosen von Brüssels Gnaden". [<https://www.afd.de/joachim-kuhs-eu-solidaritaetsfonds-almosen-von-bruessels-gnaden/>, 03.09.2020]

AfD (01.07.2020): "Deutsche EU-Ratspräsidentschaft nicht auf Kosten der deutschen Steuerzahler". [<https://www.afd.de/chrupalla-weidel-gauland-deutsche-eu-ratspraesidentschaft-nicht-auf-kosten-der-deutschen-steuerzahler/>, 03.09.2020]

AfD (01.07.2020): "Deutsche EU-Ratspräsidentschaft wirkt wie Drohung für deutsche Steuerzahler". [<https://www.afd.de/joerg-meuthen-deutschland-droht-seinen-steuerzahlern-mit-der-eu-ratspraesidentschaft/>, 03.09.2020]

- Bündnis 90/Die Grünen (14.03.2020): "Gemeinsam solidarisch und entschlossen handeln. AutorInnen-Papier". [https://cms.gruene.de/uploads/documents/2020314_Corona_Gemeinsam-solidarisch-und-entschlossen-handeln.pdf, 03.09.2020]
- Bündnis 90/Die Grünen (14.04.2020): "Aktionsplan für mehr Solidarität in der Coronakrise". [https://cms.gruene.de/uploads/documents/20200412_Aktionsplan-fuer-mehr-Solidaritaet-in-der-Coronakrise.pdf, 03.09.2020]
- Bündnis 90/Die Grünen (07.04.2020): "A global assistance package to tackle the global corona virus pandemic". [https://cms.gruene.de/uploads/documents/Global_Solidarity_Greens.pdf, 03.09.2020]
- CDU (23.04.2020): "Angela Merkel: Mit Disziplin, Geduld und Zusammenhalt gegen Corona". [<https://www.cdu.de/corona/merkel-zu-eu-rat>, 03.09.2020]
- CDU (29.04.2020): "Neues Pandemieschutzgesetz beschlossen – mit 8-Punkte-Plan gegen Corona". [<https://www.cdu.de/corona/8-punkte-plan-gegen-corona>, 03.09.2020]
- CDU (07.05.2020): "Bundestag beschließt Hilfen für Studenten und Doktoranden". [<https://www.cdu.de/corona/bundestag-beschliesst-hilfen-fuer-studenten-und-doktoranden>, 03.09.2020]
- CDU (14.05.2020): "Wir schaffen Sicherheit und Solidarität in Zeiten von Corona". [<https://www.cdu.de/corona/wir-schaffen-sicherheit-und-solidaritaet>, 03.09.2020]
- CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag (30.06.2020): "Politische Leitlinien für Solidarität und wirtschaftliche Erholung in Europa. Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag. Beschluss vom 30.06.2020". [<https://www.cducsu.de/sites/default/files/2020-07/Positionspapier%20Europa%20Solidaritaet.pdf>, 03.09.2020]
- CDU (01.07.2020): "Gemeinsam Europa wieder stark machen". [<https://www.cdu.de/artikel/gemeinsam-europa-wieder-stark-machen>, 03.09.2020]
- DIE LINKE (08.06.2020): "Solidarität mit 'Solidarsemester 2020' Kundgebungen". [<https://www.die-linke.de/nc/start/presse/detail/solidaritaet-mit-solidarsemester-2020-kundgebungen/>, 03.09.2020]
- DIE LINKE (07.04.2020): "Bundesregierung muss Blockade von Corona-Bonds beenden". [<https://www.die-linke.de/nc/start/presse/detail/bundesregierung-muss-blockade-von-corona-bonds-beenden/>, 03.09.2020]
- DIE LINKE (23.04.2020): "EU braucht solidarische Lösungen". [<https://www.die-linke.de/nc/start/presse/detail/eu-braucht-solidarische-loesungen/>, 03.09.2020]

- FDP (31.03.2020): "Mittelstand hat Solidarität der Gemeinschaft verdient".
[https://www.fdp.de/buengerrechte-gesundheit-wirtschaft_mittelstand-hat-solidaritaet-der-gemeinschaft-verdient, 03.09.2020]
- FDP (02.04.2020): "Soli-Ende statt Vermögensabgabe, Vertrauen statt Neid".
[https://www.fdp.de/wirtschaft-steuern-finanzen_soli-ende-statt-vermoegens-abgabe-vertrauen-statt-neid, 03.09.2020]
- FDP (06.04.2020): "Wir brauchen weiterhin Solidität in Europa, um handlungsfähig zu bleiben". [https://www.fdp.de/europa-eu-finanzen_wir-brauchen-weiterhin-soliditaet-europa-um-handlungsfahig-zu-bleiben, 03.09.2020]
- FDP (08.04.2020): "Es gibt keine Bonds-Pflicht, um solidarisch zu sein".
[https://www.fdp.de/aussenpolitik-europa-eu_es-gibt-keine-bonds-pflicht-um-solidarisch-zu-sein, 03.09.2020]
- FDP (28.05.2020): "Bürger und Betriebe entlasten, Soli abschaffen".
[https://www.fdp.de/wirtschaft-steuern_buerger-und-betriebe-entlasten-soli-abschaffen, 03.09.2020]
- SPD (ohne Datum): "Europa solidarisch voranbringen". [<https://www.spd.de/aktuelles/eu-ratspraesidentschaft/>, 03.09.2020]
- SPD (02.04.2020): "Gespräch mit Heiko Maas. 'Die europäische Solidarität funktioniert'". [<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/die-europaeische-solidaritaet-funktioniert/02/04/2020/>, 03.09.2020]
- SPD (06.04.2020): "Norbert Walter-Borjans im Interview. 'Wir alle profitieren von Europa'". [<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/wir-alle-profitieren-von-europa/06/04/2020/>, 03.09.2020]
- SPD (09.04.2020): "Globale Herausforderungen erfordern Solidarität ohne Grenzzäune". [<https://www.spd.de/presse/pressemitteilungen/detail/news/globale-herausforderungen-erfordern-solidaritaet-ohne-grenzzaeune/09/04/2020/>, 03.09.2020]
- SPD (23.04.2020): "Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Der Staat ist da, wenn man ihn braucht". [<https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/der-staat-ist-da-wenn-man-ihn-braucht-1/23/04/2020/>, 03.09.2020]
- SPD (24.04.2020): "Aufruf zum 1. Mai 2020: Solidarität!"
[<https://www.spd.de/presse/pressemitteilungen/detail/news/aufruf-zum-1-mai-2020-solidaritaet/24/04/2020/>, 03.09.2020]
- SPD (24.04.2020): "SPD und Gewerkschaften: Solidarität!"
[<https://www.spd.de/aktuelles/spd-und-gewerkschaften/>, 03.09.2020]
- SPD (30.04.2020): "1. Mai: Unser Tag der Solidarität".
[<https://www.spd.de/presse/pressemitteilungen/detail/news/1-mai-unser-tag-der-solidaritaet/30/04/2020/>, 03.09.2020]

Anhang 2: Pressemitteilungen von Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden zur Corona-Solidarität

BDA (02.04.2020): "Durch SURE drohen massive Fehlanreize". [<https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/739CEAFC6BC7DFF0C125854300270FFA>, 03.09.2020]

BDA (30.04.2020): "Covid-19: Wirtschaftspolitische Maßnahmen der EU". [<https://www.arbeitgeber.de/www/arbeitgeber.nsf/id/026624F0C8E42333C12585570041A478>, 03.09.2020]

BUND (19.03.2020): "Kommentar: Solidarität und Rücksichtnahme im Verkehr – Mehr Platz für Schwächere und Geschwindigkeitsbegrenzungen". [<https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/kommentar-solidaritaet-und-ruecksichtnahme-im-verkehr-mehr-platz-fuer-schwaechere-und-geschwindigkeitsbegrenzungen/>, 03.09.2020]

BUND (03.04.2020): "Forderungen in Zeiten der Corona-Pandemie: Solidarität und eine gerechte Zukunft". [<https://www.bund.net/themen/aktuelles/detail-aktuelles/news/forderungen-in-zeiten-der-corona-pandemie-solidaritaet-und-eine-gerechte-zukunft/>, 03.09.2020]

DBK (08.04.2020): "Triage. Medizinische Allokationsprobleme angesichts der Covid-19-Pandemie in ethischer Beurteilung". [<https://www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/triage/detail/>, 03.09.2020]

DBK (22.04.2020): "Weihbischof Dr. Reinhard Hauke zur Corona-Pandemie". [<https://www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/weihbischof-dr-reinhard-hauke-zur-corona-pandemie/detail/>, 03.09.2020]

DBK (18.05.2020): "Beeindruckende Solidarität der chinesischen Christen in der Corona-Krise". [<https://www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/beeindruckende-solidaritaet-der-chinesischen-christen-in-der-corona-krise/detail/>, 03.09.2020]

DBK (20.06.2020): "Statement von Weihbischof Ansgar Puff. Appell gegen Ausbeutung und sklavereiähnliche Praktiken". [<https://www.dbk.de/nc/presse/aktuelles/meldung/statement-von-weihbischof-ansgar-puff/detail/>, 03.09.2020]

DGB (20.03.2020): "Mit Anstand Abstand halten: 'Solidarisch ist man nicht alleine'". [<https://www.dgb.de/themen/++co++bf7debc2-6a90-11ea-a0aa-52540088cada>, 03.09.2020]

DGB (03.04.2020): "Corona-Anleihen: Europa muss die Krise solidarisch meistern". [<https://www.dgb.de/themen/++co++b496e552-74cb-11ea-beba-52540088cada>, 03.09.2020]

DGB (27.04.2020): "'Solidarität funktioniert'. Corona-Krise, systemrelevant Beschäftigte und die Rolle von Gewerkschaften". [<https://www.dgb.de/themen/++co++74900304-8866-11ea-a61d-52540088cada>, 03.09.2020]

DGB (30.04.2020): "1. Mai: Für ein solidarisches Europa mit Corona-Bonds!" [<https://www.dgb.de/themen/++co++e2cea224-8ac0-11ea-8025-52540088cada>, 03.09.2020]

DGB (01.05.2020): 'Solidarisch ist man nicht alleine!' DGB feiert 1. Mai 2020 im Netz". [<https://www.dgb.de/presse/++co++c5bc90bc-8b81-11ea-a73b-52540088cada>, 03.09.2020]

DGB (05.05.2020): "Anja Piel tritt Amt an der DGB-Spitze an: 'Solidarisch handeln – auch nach der Pandemie'". [<https://www.dgb.de/presse/++co++46d8fd38-8eb2-11ea-a73b-52540088cada>, 03.09.2020]

Greenpeace (17.04.2020): "Solidarischer Stoff". [<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/solidarischer-stoff>, 03.09.2020]

Greenpeace (05.04.2020): "Greenpeace-Chefs Roland Hipp und Martin Kaiser zu Corona-Krise und Solidarität. 'Gemeinsam schaffen wir das'". [<https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/gemeinsam-schaffen-wir-das>, 03.09.2020]